



## KOMMENTAR

### MEDIENSTIFTUNG OHNE STAATLICHEN DIRIGISMUS

**M**anchmal ist das Gegenteil von gut nicht böse, sondern gut gemeint. Diese Einsicht kommt einem in den Sinn, wenn man die Diskussion um den Stiftungsvorstoß des NRW-Staatssekretärs Marc Jan Eumann verfolgt. Der Sozialdemokrat möchte auch in Zukunft Qualitätsjournalismus sichern und vor allem die lokale und regionale Berichterstattung fördern. Ein Instrument dazu soll eine Stiftung „Vielfalt und Partizipation“ zur Förderung des Lokaljournalismus in Nordrhein-Westfalen sein. Tolle Idee, möchte man meinen. In Zeiten von Redaktionsschließungen und Zeitungssterben (Westfälische Rundschau, FTD, Ruhrwort etc.) rettet eine staatlich abgesicherte Stiftung den Journalismus und damit den für eine Demokratie unverzichtbaren öffentlichen Diskurs.

Trotzdem muss Eumann derzeit reichlich Kritik für seinen Vorstoß einstecken. Journalisten im eigenen Bundesland schimpfen, die Stiftung diene letztlich nur dem Zweck, der Politik den Zugriff auf die freie Presse sichern. Staatsknete als Gängelband sozusagen.

Ob allerdings die Mittel des hoch verschuldeten Nordrhein-Westfalens ausreichen, Medienkonzerne wie Springer, WAZ oder Bertelsmann an die politische Leine zu nehmen, darf bezweifelt werden. Die moralische Empörungskeule darf also ruhig im Schrank bleiben.

Dennoch muss sich die Stiftungs-Idee aus NRW einige kritische Fragen gefallen lassen. Schon der Vorschlag, Mittel für die Stiftung aus den Rundfunkgebühren zu gewinnen, könnte schnell ein Fall für die Gerichte werden. Schließlich ist schwer vorstellbar, dass Fernsehzuschauer dazu verpflichtet werden können, auch noch Weiterbildungskurse für Redakteure der Lokalzeitung zu finanzieren.

Berechtigt ist auch der Einwand von Journalistenschulen und freien Weiterbildungs-Instituten, die sich vor einer nun staatlich alimentierten Konkurrenz fürchten. Pläne der rot-grünen NRW-Regierung für eine entsprechende Professur an der Uni in Dortmund geben dieser Sorge Nahrung. Und die Weiterbildung von Journalisten ist bislang we-

niger am mangelnden Kurs-Angebot als an der geringen Unterstützung durch Arbeitgeber gescheitert.

Noch bedenklicher stimmen Vorschläge aus der Uni Dortmund, die dem Staatssekretär offenbar besonders nahe steht. In dem dort erscheinenden Journalistik Journal plädieren der Jurist Karl-Heinz Ladeur und sein Kollege Tobias Gostomzyk dafür, journalistische Standards mit Rechtsmitteln zu erzwingen. Im Sinne eines „Qualitätsmanagements mit Haftungsstandards“ sollen demnach „Medienprivilegien wie Auskunfts- und Zeugnisverweigerungsrecht“ an staatlich geordnete Zertifizierungsprozesse gebunden sein. Da ist es dann nicht mehr weit bis zur gnädigen Gewährung der Meinungsfreiheit durch die staatliche Behörde!

Viele Gründe also, aufmerksam und wachsam zu beobachten, wie genau die rot-grüne Landesregierung ihre Medienstiftung auszugestalten gedenkt. Unterstützung für eigenständige Qualitätsinitiativen, gerne! Dirigistische Eingriffe des Staates in freie Medien, nein danke!

*Bernhard Remmers*

**Alle früheren Vorstandskommentare finden Sie im Internet unter:  
[www.gkp.de/mitglieder/kommentare](http://www.gkp.de/mitglieder/kommentare)**